

Bezugpreis:

Wochenschrift 2.-Mtl. monatl. 2.-Mtl. frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-Bezug: Monatlich 2.-Mtl. zzgl. Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.25 Mtl., für das übrige Ausland 2.50 Mtl., bei täglich einmal Zustellung 3.25 Mtl. Postbestellungen nehmen an Buchhandlung, Berlin, Lindenstr. 3.

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Kopierzeile kostet 1.20 Mtl. „kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 50 Bsp. (zählend 3 fertige Zeilen), jedes weitere Wort 20 Bsp. Einmalige Anzeigen und Schlußzeilen werden das erste Wort 40 Bsp., jedes weitere Wort 20 Bsp. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Fernsprechanzeige 50%, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine-Anzeigen 1.20 Mtl. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 18. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Die Hauptnote der Entente.

Weimar, 18. Juni. (Eig. Drahtber. des „Vorwärts“). Die eigentliche Antwortnote der Entente stellt eine häufig zusammengestellte Sammlung einzelner Ausarbeitungen dar, die dazu bestimmt sind, die deutschen Einwände zu widerlegen und mit einem reichen Aufwand von Moral und abulatorischer Schlaueit das ursprüngliche Diktat der Entente zu verteidigen. Eine Zusammenstellung der von der Entente zugegebenen kleinen Veränderungen wird nicht gegeben, da es sehr vieler Mühe und Sachkenntnis im einzelnen bedarf, um die zum Teil nur mikroscopisch sichtbaren Erleichterungen herauszufinden. Im ganzen bestätigt sich vollinhaltlich die Ankündigung der Mantelnote, daß an den Grundzügen des Vertragsentwurfs nichts geändert worden ist.

Zur Frage der Wiederherstellung wird u. a. von der Kommission des Reparations gesagt, daß sie dazu bestimmt sei, ebenso gut das deutsche Volk wie die alliierten Völker zu schützen. Das deutsche 100-Milliardenangebot wolle die Zahlungen auf mehr als ein halbes Jahrhundert verteilen und läßt keine Zinszahlung vor. Der Wert dieses Angebots sei daher nur gering.

Der erste Teil der Ententeantwort beschäftigt sich mit den Grundlagen der Friedensverhandlungen und versichert noch einmal, daß

Die Bedingungen der Entente mit Wilsons 14 Punkten

übereinstimmen. Es folgt dann ein Kapitel über den Völkerverbund, in dem Garantien zum Schutze der deutschen Minderheiten und eine allgemeine Abrüstung angeordnet werden. Der zweite und dritte Teil der Antwort beschäftigt sich mit den Grenzen Deutschlands und den polnischen Bestimmungen für Europa. Die Bestimmungen über Eupen und Malmedy und über das Saargebiet werden unverändert aufrechterhalten und in dieser Form verteidigt. Ueber Elbehohrungen wird gesagt, Deutschland habe 1871 Elbehohrungen mit Gewalt an sich genommen und als militärisches Gloriosa behandelt. Die Entente könne daher

eine Volksabstimmung nicht zugestehen,

die auch von der elfsohlohringischen Bevölkerung gar nicht verlangt werde. Diese habe 50 Jahre lang gegen die Annexion protestiert, über ihren Willen gebe es keinen Zweifel. Sie habe sich in die Arme Frankreichs geworfen, wie in die Arme einer wiedergefundenen Mutter. Frankreich brauche den auf Elbehohrungen entfallenden Teil der deutschen Schulden nicht zu übernehmen, weil es Deutschland 1871 ebenso gemacht habe.

Ueber Deutschösterreich sagt die Antwort: „Die alliierten und assoziierten Mächte nehmen Kenntnis von der Erklärung, mit welcher Deutschland versichert, daß es niemals die Absicht gehabt hat und haben wird, mit Gewalt die deutschösterreichische Grenze zu verändern.“

Polen:

Es wird zugegeben, daß auch deutsche Gebiete zu Polen geschlagen werden. Aber, heißt es weiter, da eine reinliche Scheidung unmöglich sei, müsse die eine oder andere Partei zu Opfern bereit sein. Es wird dann ausführlich bewiesen, daß Deutschland der zu Opfern berufene Teil sei. Die westliche Grenze Polens sei nochmals geprüft und einzelne Veränderungen vorgeschlagen worden, welche die Zahl der an Polen kommenden Deutschen vermindere. Welcher Art diese Veränderungen sind, wird hier nicht näher gesagt. Aus dem weiteren geht hervor, daß der sogenannte Korridor, die Grenze von Pommern und Westpreußen, genauer angefaßt werden soll. Ueber die

Volksabstimmung in Oberschlesien

wird gesagt, die alliierten und assoziierten Mächte wären glücklich gewesen, wenn die Volksabstimmung zu vermeiden gewesen wäre. Sie werde zeitweilige Okkupation durch fremde Truppen notwendig machen.

Ostpreußen wird als ein „durch das deutsche Schwert erobertes“, seinen Ureinwohnern entrissenes Land bezeichnet. Dann soll jede Amputation gerechtfertigt werden. Remeleschisch und Litauens einziger Ausgang zur See.

Ueber Schleswig wird angeführt: „Auf Wunsch Dänemarks soll das Gebiet bis zur Eider und zur Schlei geräumt und unter einer internationalen Kommission, der Norwegen, Schweden und die Alliierten angehören, eine Volksabstimmung vornehmen. Die Grenze des Gebietes, auf dem die Abstimmung stattfindet, ist in Übereinstimmung mit dem Wunsch Dänemarks festgesetzt worden. Ueber

Deutschlands Abrüstung

wird mündlich gesagt: „Deutschland hat bedingungslos einer Abrüstung zugestimmt, die jeder der alliierten und assoziierten Mächte vorangeht.“ Weiter wird angeführt, in drei Monaten habe die Verminderung der deutschen Armee auf

200 000 Mann zu erfolgen. Dann würden weitere Herabsetzungen von drei zu drei Monaten durch eine Entente-Kommission festgesetzt werden. Spätestens am 30. März 1920 müsse der Stand von 100 000 Mann erreicht sein.

Das Kabinett hat sich um 12 Uhr mittags vertagt und nimmt seine Beratung um 4 Uhr nachmittags wieder auf.

Die Friedensdelegation für Ablehnung.

Weimar, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“). Die Friedensdelegation ist heute nacht mit großem Stabe hier angekommen. Sie steht geschlossen auf dem Standpunkt der Nichtunterzeichnung. Dies gilt nicht bloß für den engeren Kreis der sechs Mann, sondern auch für die gesamte Delegation; insbesondere haben die wirtschaftlichen Sachverständigen in einem Gutachten ihre Auffassung dahin fixiert, daß die Abänderungen, wie sie in der Ententeantwort vorgeschlagen werden, unerheblich und nicht geeignet sind, den Charakter des Vertrages zu ändern, der demnach so bleibt, daß keine deutsche Regierung ihn in der Absicht der Erfüllung unterzeichnen kann.

Das Kabinett ist bündlich um 10 Uhr mit der Delegation zu einer Sitzung zusammengetreten. Diese dürfte geraume Zeit in Anspruch nehmen, da die eigentliche Antwort, die von der Mantelnote eingeschlossen wird, erst von der Delegation herbeigeführt worden ist. Es wird also über den Inhalt dieser Antwort, die 110 enggeschriebene Schreibmaschinenseiten umfaßt, erst ausführlicher Vortrag gehalten werden müssen, auf Grund dessen dann die Entscheidung gefällt werden wird.

Die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion, die heute um 10 Uhr vormittags beginnen sollte, ist auf 4 Uhr nachmittags vertagt worden.

Putschversuch in Weimar.

Weimar, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“). Heute nacht gegen 1 Uhr brachen aus dem hiesigen Gefängnis Untersuchungsgefangene aus, die einen Putschversuch gegen das Schloß unternahmen, in dem die Regierung ihre Bureaus aufgeschlagen hat und in dem der Reichspräsident und die meisten Minister wohnen. Die Gefangenen verhielten, die Woche, die ziffermäßig ziemlich schwach war, zu entwandern und in das Schloß einzudringen. Der Geistesgegenwart eines freiwilligen Unteroffiziers gelang es, noch rechtzeitig das große schwere Portal des Schloßes zuzuschließen. Mittlerweile wurden vom Bohhof größere Abteilungen von Freiwilligen herbeigezogen. Es entwickelte sich zwischen ihnen und den bewaffneten Ausbrüchern eine kurze Schießerei, bei der es drei Verwundete gab. Es gelang, einen Teil der Gefangenen wieder einzubringen, ein anderer befindet sich noch in Freiheit. Es handelt sich im ganzen um 50 bis 60 Mann.

Exzesse gegen französische Offiziere.

Ausbreitungen in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 17. Juni. Wie das Polizeipräsidium berichtet, wurde gestern Abend ein französischer Offizier durch einen elsässischen Flüchtling belästigt. Eine Marineabteilung erschien, um den Offizier zu schützen. Die Menge nahm Stellung gegen sie, zog dann nach dem Carltonhotel, wo die französischen Offiziere wohnen und sang vaterländische Lieder. Als sich die Menge anschaute, in das Hotel einzudringen, erschien Polizei, auf die Schüsse abgegeben wurden. Hierbei wurden zwei Zivilisten verwundet. Die Polizei gab Schüsse in die Luft ab. Um 1 Uhr nachts war die Ruhe wieder hergestellt.

Wir verurteilen diese Form, in der die Masse ihren berechtigten Unwillen über die Friedensbedingungen Ausdruck zu verleihen sucht, auf das Entschiedenste. Sie dient nur dem Emporlodern des Chauvinismus und bedeutet eine Bloßstellung unserer Sache, die wir auch dann mit kühneren Waffen werden verteidigen müssen, wenn uns der Nachwille der Entente zu diesem Gewaltfrieden zwingt.

Enthüllungen über den Landbund.

In der heutigen Sitzung der Breußischen Landesversammlung machte der sozialdemokratische Abgeordnete Genosse Herbert aufsehenerregende Enthüllungen über das Treiben des Landbundes, der unter dem Schein wirtschaftlicher Bestrebungen die Gegenrevolution auf dem Lande organisiert und unter dem Namen von Spaten durch Landräte usw. Gewehre anfordert.

Volksabstimmung!

Die Hoffnung, daß in Paris letzten Endes der Verstand die Oberhand über verbitterte Leidenschaften gewinnen würde, hat sich nicht erfüllt. Die einzige Möglichkeit, einen dauerhaften Frieden zu erzeugen, die Verhandlung, ist abgelehnt worden, die Gegner haben an ihrem bornierten Standpunkt, den Frieden zu diktieren, festgehalten. Bis Montagabend muß Deutschland den Frieden unterzeichnet haben oder der Kriegszustand lebt wieder auf.

Die deutschen Gegenentwürfe sind als Ganzes abgelehnt worden. Das Dreimännerkollegium in Paris hat sich nur zu einigen, weniger bedeutenden Zugeständnissen bereit erklärt. Der abgeänderte Friedensvertrag bleibt ebenso wie der erste Entwurf ein Todesurteil für die nationale und wirtschaftliche Selbständigkeit des deutschen Volkes. Daran ändern auch die süßlichen Redensarten der Mantelnote, daß Deutschland im Falle des Wohlverhaltens auf spätere Vergünstigungen rechnen darf, so gut wie nichts.

Die deutsche Delegation ist in Weimar eingetroffen. Sie wird sich mit der Regierung beraten, und dann wird die Nationalversammlung zur Entscheidung aufgerufen werden.

Die brennendste Frage und die drängste ist: Wie wird diese Entscheidung ausfallen? Ein großer Teil des Volkes, der sich aus allen sozialen Schichten und Parteien zusammensetzt, ist für die Verweigerung der Unterschrift, ein anderer, wahrscheinlich weniger großer Teil ist für Unterzeichnung des Friedensvertrages mit dem ausgeprochenen Willen, ihn nicht restlos zu erfüllen.

Man muß sich einmal ohne alle Leidenschaft klar werden, welche Folgen die Entscheidung in dem einen oder dem anderen Sinne haben wird. Wenn wir den Frieden ablehnen, so müssen wir vom ersten Augenblick dieser Entscheidung an mit dem Wiederaufleben der Blockade, mit der Befreiung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, wahrscheinlich mit einem Vorstoß auf der Mainlinie, mit einem allgemeinen Angriff der Polen vom Osten rechnen. Die Folge würde sein, daß in kurzer Zeit in dem feiner Kohle beraubten Deutschland nur noch wenige Eisenbahnzüge laufen, daß die Fabriken stillgelegt werden, daß infolge der Verkehrsunterbindung der Großstädte die Versorgung derselben mit Lebensmitteln unmöglich gemacht wird. Feierende und hungernde Massen würden zu Verzweiflungspuffschen getrieben und die innere Ordnung Deutschlands aufs äußerste erschüttern. Die Gefahren dieser Zukunft sind so ungeheuer, daß niemand leichten Herzens die Verantwortung dafür übernehmen kann. Die starke Befürchtung der inneren Ruhe Deutschlands würde aber zweifellos in kürzester Zeit die Autorität der Regierung vollkommen unterhöhlen und zu einer anderen Regierung führen, die geneigt wäre, durch Bereitwilligkeit zur Friedensunterschrift günstigere Verhältnisse zu schaffen.

Wird der Frieden unterzeichnet, so ist zunächst die Gefahr einer akuten Hungersnot beseitigt. Ein Volk, das unter den größten Opfern den Frieden schließt, kann die Entente nicht verbürgen lassen, ohne den schärfsten Widerstand im eigenen Lande heranzubekämpfen. Es ist aber auch die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit Deutschlands damit zu Ende. Wir werden nicht mehr Herren in unserem eigenen Lande sein. Die Erfüllungen der schweren Entschädigungsforderungen würden die deutsche Arbeiterklasse der rücksichtslosesten Ausbeutung durch den Ententekapitalismus ausliefern. Die deutsche Sozialgesetzgebung käme sofort in die Gefahr des Zusammenbruchs, die deutsche Finanzverwaltung stünde unter dem Diktat einer fremden Finanzkommission, das deutsche Volk würde im vollsten Sinne des Wortes verklärt, damit aber in die gleiche Situation gebracht werden, wie die Sklaven vergangener Zeiten, die für ihren Besitzer ein lebendiges Kapital darstellten, das er vor der Vernichtung schützen mußte.

Es ist an dieser Stelle vor Wochen gesagt worden, daß sich Deutschland angefaßt der Friedensbedingungen der Entente in der Lage eines Mannes im vierten Stock eines brennenden Hauses befände, der vor die Alternative gestellt sei, aus dem Fenster zu springen oder zu verbrennen.

Aber zwischen den beiden gefährlichen Wegen in die deutsche Zukunft gibt es noch einen dritten, der, wenn er begangen werden kann, einen Strahl der Hoffnung uns noch läßt. In diesem Blatte ist schon öfter darauf hingewiesen worden, Regierung und Nationalversammlung sollen nicht entscheiden, ob Unterzeichnen oder Nichtunterzeichnen, sondern sie sollen die schwere Verantwortung, deren Folgen auf das ganze Volk zurückfallen müssen, in voller Breite durch das

**Volk selbst entscheiden lassen.** Für die Regierung kann es eigentlich nur eine Lösung geben, das ist die in der Verfassung vorgeschriebene, nämlich: die Volksabstimmung. Wenn in der Verfassung gesagt ist, daß über wichtige Gesetze das Volk selbst zur Entscheidung durch direkte Abstimmung aufgerufen werden kann, so ist es ganz selbstverständlich, daß das Friedensgesetz der Volksabstimmung unterworfen werden muß. Niemals wieder wird das deutsche Volk vor einem Gesetze von gleicher Bedeutung stehen, und wenn der Paragraph in der Verfassung, der vom Referendum spricht, mehr sein soll als bloße Phrase, so muß er in diesem Falle angewendet werden. Wie das Volk entscheidet, so sollen die Würfel fallen.

Wenn die Entente ablehnt, uns die zur Durchführung einer Volksabstimmung erforderliche Zeit zu lassen, so wird sie sich vor der ganzen Welt ins Unrecht setzen. Niemand könnte sie von dem Vorwurfe rein waschen, das deutsche Volk mit Gewalt an der verfassungsmäßigen Entscheidung in der Friedensfrage gehindert zu haben. Mindestens würde Deutschland ganz hervorragende Stimmungswerte unter der Bevölkerung des neutralen, selbst des feindlichen Auslandes gewinnen, ein bemerkenswertes moralisches Plus für uns, ein ebenso starkes moralisches Minus für die Entente würde herauskommen. Die inneren Widerstände, mit denen die Gegner jetzt schon zu kämpfen haben, würden dadurch bemerkenswert gestärkt werden, und wer weiß, ob nicht dadurch die offene Explosion der revolutionären Gärungen in Frankreich und in anderen Ländern beschleunigt würde.

Falls die Entente das Begehren, die Friedensentscheidung durch das deutsche Volk selbst fallen zu lassen, ablehnt und mit Gewalt die sofortige Entscheidung der Regierung verlangt, so kann es in Anbetracht der großen Gefahren, die unser Volk bedrohen, der schweren Gesundheitschädigungen, die daraus für Millionen folgen müßten, der ungeheuren Straftäterförderung, die dadurch ausgeübt würde, nur die einen Frieden zu unterzeichnen.

Selbst diejenigen von uns, die die Notwendigkeit einer schließlichen Unterzeichnung von der ersten Stunde an erkannt hatten, konnten und durften das nicht aussprechen, wenn wir die Verhandlungsmöglichkeit gemessen wollten. In dieser Beziehung hat uns die Taktik der Unabgängigen und endlich geschadet, die ohne noch den Vertrag gelesen zu haben, bereits mit voller Lungenkraft „Unterzeichnen!“ brüllten. Einer ihrer Wortführer, Dr. Rudolph Breitscheid, hat in seiner Zeitschrift „Auslandspolitisch“ geschrieben, es hätte gar keinen Zweck, mit diesem Standpunkt hinter dem Berge zu halten, denn die Entente würde sich doch von ihren Friedensbedingungen kein Kröpfchen abhandeln lassen. Die Tatsachen zeigen, daß Dr. Breitscheid und seine unabhängigen Gesinnungsgenossen gründlich auf dem Holzwege gewesen sind. Einige Verbesserungen, wie die Volksabstimmung in Oberschlesien, sind doch erzielt worden, und wahrscheinlich wäre es den deutschen Unterhändlern gelungen, noch weit mehr herauszuholen, wenn die Unabgängigen nicht mit ihrem Annaimegeschrei der Entente ungemein den Rücken gestärkt hätten. Die Unabgängigen haben gehandelt wie ein Gewerkschaftsführer, der zu Beginn eines Tarifkampfes dem Unternehmer zuruft: „Du brauchst nichts zu bewilligen, denn wir Arbeiter sind so schwach, daß wir doch alles unterzeichnen müssen.“

Auch heute sprechen wir uns nicht für ein bedingungsloses Unterzeichnen aus, sondern erklären, daß erst die Volksabstimmung mit allen Mitteln versucht werden muß, und nur unter dem äußersten Zwang der Waffengewalt die Entscheidung durch die Regierung gefordert werden darf. Auf keinen Fall darf etwa mit der Unterschrift der Kampf gegen diesen Gewaltfrieden aufhören. Wir sind zu diesem Kampfe gezwungen im Interesse unseres Volks und der ganzen Menschheit. An dem Tage, an dem dieser Frieden perfekt wird, beginnt der Kampf gegen ihn mit allen anwendbaren Mitteln des Geistes und des Rechts, bis an Stelle der Gewalt das Recht gesiegt hat.

## Französische Kommentare.

### Die Sozialisten gegen den Gewaltfrieden.

Verfaßtes, 17. Juni. M. V. Die Antwort der Alliierten steht natürlich im Vordergrund des Interesses der Abendblätter, welche gleich der Morgenpresse den Wortlaut des Bescheidbriefes und eine Inhaltsangabe der Denkschrift der Alliierten veröffentlichen. Nationalistische Blätter, wie „Liberté“ und „Intransigeant“, bedauern, daß die Alliierten Zugeständnisse gemacht haben, und versuchen, Deutschland zu beweisen, daß es unbedingt unterschreiben müsse. Natürlich fehlt in allen Blättern nirgends der Hinweis auf die bereitstehenden Armeen der Alliierten am Rhein. „Temps“ findet, daß die Zugeständnisse wirtschaftlicher und finanzieller Art sowie das Zugeständnis betreffs der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund wichtiger und wesentlicher seien als die territorialen und militärischen Zugeständnisse. Die Alliierten hätten Deutschland Zugeständnisse und Hoffnungen geschwenkt, welches auch die Verdienste oder Nachteile einer solchen Politik sein mögen. Man könne sie nur dann verstehen, wenn sie als Gegengewicht den absoluten Willen habe, Deutschland zur Unterzeichnung und zur Ausführung seiner Verpflichtungen zu zwingen. Je weniger hart man sein wolle, desto härter und entschlossener müsse man sein. Die alliierten Rationen rechnen darauf, daß ihre Regierungen verstehen würden zu handeln. Ganz Frankreich stehe hinter seinen Armeen am Rhein. — Die Anschuldigungen der sozialistischen Abendblätter sind in einem recht schüchternen Ton gehalten. So meint Sembat im „Ceuro“, durch die Änderungen sei der ursprüngliche Entwurf des Vertrages ernsthaft verbessert und man müsse hoffen, daß Deutschland unterzeichnen werde. „Populaire“ schreibt, daß alle Anschuldigungen, welche man gegen den ursprünglichen Entwurf erheben konnte, auch gegen den abgeänderten Entwurf erhobelt werden müßten. Statt eines Vorkriegsfriedens habe man einen Frieden der Strafe und Ruhe ausgearbeitet, welcher neuen blutigen Kämpfen die Tür öffne. Die Abänderungen, welche man vorgenommen habe, seien zu gering, um den Charakter des Vertrages zu ändern. Man müsse sich die Weisheit des Vertrages von Anfang bis zu Ende ändern müssen. Dabei die Ansicht noch die Pflicht der sozialistischen Partei hätten sich geändert.

Genf, 18. Juni. (M.) Der sozialistische Abgeordnete Cachin steht in der „Humanité“ voraus, daß die Deutschen unterzeichnen werden und daß auch sofort nach der Unterzeichnung des Friedens in Frankreich ein Regierungswechsel eintritt, weil die Regierung Clemenceaus unerträglich geworden ist. Die künftige Regierung werde wie in der inneren, so auch in der äußeren Politik sanftere Bahnen wandeln,

als der Tiger. Aber die Unterzeichnung des Friedens durch Deutschland und eine schmiegsame Politik Frankreichs könnten die Krise nicht mehr abwachen, von der die Welt ergriffen werde und die zum nahen Siege des internationalen Sozialismus führen werde.

## Englische Kritik am Friedensvertrag.

### Die Folgen der Nichtunterzeichnung.

Amsterdam, 18. Juni. Laut „Telegraaf“ schreibt „Manchester Guardian“ zu der Antwort der Alliierten, obgleich der Friedensvertrag nicht ideal sei, sei er doch unendlich viel besser als der Frieden, den Deutschland der übrigen Welt auferlegt haben würde. — „Daily News“ schreibt, eine Belagerung Deutschlands, zu unternehmen, würde bedeuten, daß die deutsche Regierung zurücktritt und das Schicksal des Landes den Alliierten überläßt.

### Auch die englischen Sozialisten protestieren.

Das sozialistische Blatt „Daily Herald“ schreibt, die Konferenz der Alliierten habe eine schwere, erniedrigende Aufgabe gehabt. Sie begann mit der Schändung der Prinzipien, auf Grund deren sie überein gekommen war, Frieden zu schließen, und fährt jetzt mit dieser Schändung fort. Sie vergröbert nicht nur die von ihr übernommenen Verpflichtungen und Versprechungen, sondern sie verletzt jeden Anspruch und alle Gebote des gesunden Menschenverstandes, da sie einen Vertrag zustande brachte, der selbst nach der Ansicht der Reaktionen unbrauchbar war. Dieser Vertrag widerspricht sich selbst. Er schrieb Bestimmungen vor, die die Durchführung anderer Bestimmungen unmöglich machten. Das Blatt weist dann darauf hin, daß ein solcher Frieden nicht einmal den Wünschen der Reaktionen entspräche, denn diese fürchteten den Volkswidrigkeit und wählten wohl, daß ihre Väter des Krieges vollkommen überdrüssig seien. Die Demokratien der Welt müßten einen Strich durch den Vertrag machen und ihn durch einen ganz neuen Vertrag ersetzen.

## Die Presse und die Frage der Unterzeichnung

Die heute wieder erscheinende bürgerliche Presse Berlins ist fast einmütig für Nichtunterzeichnung auch der abgeänderten Friedensbedingungen. In der schärfsten Weise tritt dies natürlich bei den Alldeutschen hervor. Die „Tägliche Rundschau“ erscheint unter der Mantschette: „Übermaß nein!“ — In der „Deutschen Tageszeitung“ schreibt Graf Reventlow:

Wir brauchen früher Besagtem nichts hinzuzufügen, sondern nur an das Wort zu erinnern, das nach Uebereinstimmung der ersten Friedensbedingungen von Regierungsvertretern gesprochen wurde: Untraglich und unerfüllbar. Das gleiche gilt von den jetzt übermittelten Bedingungen. Ihre Unterzeichnung durch die Regierung müßte nach allem als ausgeschlossen gelten.

Auf die gleiche Tonart ist die übrige alldeutsche Presse gestimmt, es lohnt sich nicht weiter, die Wendungen der einzelnen Blätter wiederzugeben. Aber auch Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ hat seine bisherige Stellung beibehalten, er schreibt:

Wer bisher „unannehmbar“ gesagt hat, kann es heute nur mit der gleichen Festigkeit sagen, wie bisher. Die Entente hat darauf spekuliert, daß Deutschland, nach einigen unwesentlichen, gleichgültigen Veränderungen, schließlich doch unterzeichnen werde, und neben den Unabhängigen haben vor allem Leute, die früher militäristisch tobten und jetzt Unterwerfung predigen, sie zu diesem Glauben gebracht. Wenn die Entente ein allgemeines „Nein“ bekommen, keine Lücke in der Mauer gesehen hätte, so hätte sie doch vermutlich etwas mehr Nachgiebigkeit für nötig gehalten und andere Bedingungen geschickt.

Eine Ausnahme im bürgerlichen Pressechor macht Georg Bernhard, der in der „Vossischen Zeitung“ für Unterzeichnung schreibt:

Aber trotzdem kann man im Ernst nicht annehmen, daß eine ihrer Verantwortung bewusste Regierung die furchtbaren Folgen aus Deutschland herauszuschwören wird, die die Ablehnung des Friedens haben müßte. Sicher sind die seelischen und materiellen Kosten, die durch die Unterzeichnung des Vertrages über alle Deutschen kommen müssen, außerordentlich. Wirtschaftliche Schäden von unerhörter Schwere werden dem deutschen Volke aufgebürdet, Lasten, die mit den abgebrannten Mitteln überlieferter Sozialität und Wirtschaftsborgschaft niemals tragbar gemacht werden können. Aber auch der härteste Frieden schafft doch endlich die Grundtöne, um mit dem Wiederaufbau zu beginnen. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages rettet wenigstens den Zusammenbruch des Reiches, während die Ablehnung die Auflösung des Reiches deutscher Wirtschaft bedeutet, den Schreden ohne Ende, eine dauernde Krankheit, eine Aufeinanderfolge von Niederlagen. Kein verantwortlicher Staatsmann kann darauf hoffen, daß im Falle der Ablehnung des Friedens ein Wunder geschehen wird. Die Hoffnungen auf solche Wunder — auch die Hoffnung auf englische Hilfe geborte dazu — ist während des Krieges und während des Waffenstillstandes allzu oft zusehender geworden. Nicht Wunderglaube, sondern Vertrauen auf die eigene Kraft kann Deutschland viel leicht noch retten. Aber nur, wenn wieder Frieden im Lande ist.

Bekanntlich hat die „Deutsche Demokratische Partei“ unlängst erklärt, daß die „Vossische Zeitung“ wegen ihrer abweichenden Haltung in wichtigen Fragen von ihr nicht mehr als Parteiorgan betrachtet wird. Diese Erklärung schwächt wohl die sachliche Bedeutung, aber nicht die innere Folgerichtigkeit der obenstehenden Ausführungen ab.

## Die Unabhängigen für Unterzeichnung.

### Ein Aufruf der Parteileitung.

Die Parteileitung der U. S. P. erläßt an der Spitze der „Freiheit“ eine Rundgebung zu dem Friedensultimatum der Entente, in der gesagt wird:

Die Entente hat zwar einzelne Widerlungen zuzustanden, doch bleibt das Werk von Versailles ein imperialistischer Gewaltfrieden.

Gegen unseren sozialistischen und internationalen Grundgedanken legen wir im Verein mit den Sozialisten aller Länder gegen diese Vergewaltigung die schärfsten Protest ein.

Aber das deutsche Volk steht heute unter dem furchtbaren Zwang, der ihm durch den Zusammenbruch auferlegt ist. Dafür tragen diejenigen die Verantwortung, die den Krieg heraufbeschworen, ihn jahrelang unterstützt und sein Ende bis zum Eintritt der Katastrophe verdröckerisch hinausgezögert haben.

Nach einer Aufzählung der Folgen, welche die Nichtunterzeichnung zur Folge haben würde, heißt es weiter:

Jeder militärische Widerstand wäre Wahnsinn und würde nur die nutzlosen Opfer vermehren.

Wir Unabhängigen Sozialdemokraten lehnen jede Verantwortung ab für die Folgen, die nach innen und außen durch die Ablehnung des Friedensultimatums entstehen.

Dabei ist zu bemerken, daß auch die Anhänger der Nichtunterzeichnung an militärischen Widerstand nicht

denken. — Die „Freiheit“ unterstützt diesen Aufruf in einem Leitartikel, der allerdings wieder ein staunenswertes Entgegenkommen an die Entente imperialisten Clemenceau und Genossen darstellt. Ueber den ersten Teil der Mantelnote mit ihren maßlosen Verzerrungen der Tatsachen und Beschimpfungen des deutschen Volks urteilt die „Freiheit“ ganz milde:

Wichtig und hart haben die Männer, die sich als Weltrichter fühlen, die Anklage formuliert. Schmerzlich müssen wir beklagen, daß viel von dem, was sie gegen die früheren Machthaber sagen, viel sogar von dem, was sie gegen das deutsche Volk vorbringen, berechtigt und wahr ist.

Wenigstens das deutsche Volk hätte die „Freiheit“ in Schutz nehmen dürfen, anstatt es mit Herrn Clemenceau zusammen zu beschuldigen und zu verraten.

## Genugtuung für die Döbelelexzesse.

### Eine Note Clemenceaus.

Verfaßtes, 17. Juni. Die Note des Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau, über die Vorgänge in Versailles, an den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister des Auswärtigen, Grafen Brockdorff-Rangau, hat folgenden Wortlaut:

Paris, 17. Juni 1919. Herr Vorsitzender! Ich habe erfahren, daß im Augenblick der Abreise der deutschen Delegation aus Versailles gestern Abend Zusammenrottungen an den Türen ihrer Residenz stattgefunden haben, und daß dies lärmende Zwischenfälle zur Folge gehabt hat. — Ich beziehe mich, Ihnen mein volles Bedauern wegen dieser verurteilenswerten und den Gesetzen der Gastfreundschaft in so ärgerlicher Weise zuwiderlaufenden Geschehnisse auszudrücken. Die Rundgebungen waren nur infolge der Abwesenheit einer Anzahl von Polizeibeamten, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung in der Umgebung von Versailles an eine andere Stelle beordert worden waren, möglich gewesen.

Der Präfekt des Departements Seine-et-Oise wird Herrn von Daniel seine Entschuldigungen vorbringen und wird, wie auch der Polizeikommissar, seines Amtes enthoben werden, da sie die Ordnungsmassnahmen, die ihnen anempfohlen worden waren, nicht getroffen hatten.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner aufgezeichneten Hochachtung

ges. Clemenceau.

Darauf hat sich gestern Abend der Präfekt des Seine-et-Oise-Departements, Chaleil, bei Herrn von Daniel eingefunden und ihm sein Bedauern über die gestrigen Zwischenfälle zum Ausdruck gebracht. Heute Abend herrschte auf der Straße zwischen den Hotels des reservoirs Hotel und Suisse völlige Ruhe. Es hat den Anschein, als ob die Polizei in Versailles bedeutend verstärkt worden sei.

## Friedensverhandlungen mit der Türkei.

### Die Türkei für Aufrechterhaltung des Reiches.

Paris, 17. Juni. Reuter. Der Oberste Rat empfing die türkischen Delegierten. Der Großvezir gab eine Erklärung ab, in der er die Schuld der Teilnahme der Türkei am Kriege dem Komitee „Einheit und Fortschritt“ zuschob, das gegen die Wünsche des Volkes gehandelt habe. Er protestierte im Namen des Sultans gegen die Abtrennung Smyrnas an Griechenland und forderte die Aufrechterhaltung der Unverletzlichkeit des türkischen Reiches.

Der Kommunist Karl Einstein ist, wie uns Frau Käthe Kollwitz schreibt, am Montag im D-Zug Rindan-Bomben verhaftet worden. Seine Freunde fürchten für ihn das gleiche Schicksal, das eine Reihe von Kommunistenführern bei einem „Mutterberich“ ereignet hat. — Wir erwarten von der Regierung geeignete Maßnahmen, die einen neuen politischen Worts verhindern.

Berichtigung. Im Bericht über die gestrige Rede des Ministerpräsidenten Scheidemann ist ein Irrtum unterlaufen. Die Rede wurde nicht vor dem Plenum der Nationalversammlung, sondern vor dem Friedensauschuss gehalten. Die falsche Wiedergabe beruht auf der irreführenden Darstellung des von WTB. verbreiteten Berichtes.

## Die Groß-Berliner Arbeiterräte zum Gesekentwurf über die Betriebsräte

Die Groß-Berliner Arbeiterräte trafen heute in den Germania-Sälen (Chausseestraße) zusammen, um zu dem Gesekentwurf über die Betriebsräte Stellung zu nehmen.

Der Eintritt in die Tagesordnung wünschte ein Arbeiterrat des Siemens-Konzerns ein Verfahren gegen einen anderen Arbeiterrat dieser Firma eingeleitet zu sehen, da der Betreffende die Vollversammlung der Arbeiterräte als ein „Auffentbeater“ bezeichnet habe. Der Vorsitzende Beolot erklärte jedoch, daß er ohne die notwendigen Unterlagen sich nicht mit dem Fall befassen könne.

Einstimmig wurde von der Versammlung eine Entschließung der Arbeiterräte angenommen, in der die Vollversammlung der Arbeiterräte gegen die gewerkschaftliche Tätigkeit der Aufsichtspersonen der Freiwilligenverbände sowie der Militärkapellen überhaupt protestiert.

Dann sprach Kallzahn (U. S. P.) über die Stellungnahme zu den Betriebsräten. Der Redner wies einleitend darauf hin, daß Reichsminister Dernburg unseren jährlichen Ausgabenetat auf 23 Milliarden beziffert. Diese unerwünschte Summe müßte aufgebracht werden bei einer Einengung der Kohlenproduktion um 35 Prozent. Kallzahn unterzog den von der Regierung vorgelegten Gesekentwurf einer sehr scharfen Kritik und nannte die Arbeitsgemeinschaften, die Reichswirtschaftsverbände usw. ein Konglomerat der Schwerindustrie und Gewerkschaftssekretäre, die wie bisher die Arbeiterschaft weiter gängeln sollten. Der Gesekentwurf der Regierung sei vollkommen undisutabel. Er veranlaßte die Rechte der Unternehmer. Auch dem Reichswehrminister Roske seien Konzessionen gemacht, da Betriebsräte bei Einstellungen keinen Vorkauf gegen Knöchel der Freiwilligenverbände, gelben Arbeiter usw. ausüben könnten. Der Reichswirtschaftsrat sei ein vollkommenes Sammelsurium von allen möglichen Instanzen. Das Unerbittliche sei die Forderung der Regierung, daß bei Streiks neun Zehntel der Arbeiterschaft sich für einen Streik ausdrücken müssen, wenn er wirksam werden soll. Auf diese Art und Weise würde es dem Unternehmer und seinen Trabanten immer gelingen, einen Streik zu unterbinden. Es wurde folgende Entschließung der U. S. P. vorgelesen:

Die Fraktion der U. S. P. Arbeiterräte hat nach einem Bericht des Genossen Kallzahn, über die seitens der Regierung herausgegebenen Bestimmungen für die Betriebsarbeiterräte, einstimmig beschlossen, über dieses Materiel ohne Diskussion zur Tagesordnung überzugehen, weil der Gesekentwurf nicht diskutabel ist. Die Arbeiterschaft fordert die gesamte Arbeiterschaft auf, gegen dieses, die Arbeiterschaft verrätende Materiel ganz energisch zu protestieren und alle Gehel in Bewegung zu setzen, daß endlich ein Gesetz herauskommt, welches den Arbeitern die aus der Revolution heraus geborene notwendige Vertretung für alle Zeiten sichert.

Die Verhandlungen dauern fort. — — —

# Prozess Ledebour.

## Beginn der Plädoyers.

Zum Plädoyer erhält das Wort Staatsanwalt Zumbroich: In schwerer Zeit sind Sie, meine Herren Geschworenen, hierher berufen, um Recht zu sprechen. Von außen durch einen erbarmungslosen Feind bedrängt, steht das deutsche Volk in seiner schwersten Schicksalsstunde. Im Innern löst der Bürgerkrieg unsere Aufgabe ist es nicht, ein Urteil über den Wert oder Unwert der sich streitenden Meinungen abzugeben. Das ist nicht Sache des Gerichts, sondern das Urteil darüber gehört vor das Forum der Weltgeschichte. Eingangs dieses Prozesses hatte der Angeklagte gesagt, er wolle diese Gelegenheit benutzen, um in aller Öffentlichkeit mit der Regierung abzurechnen. Dagegen habe ich sogleich betont, daß es sich hier nicht um eine Abrechnung mit der Regierung handelt, daß die Politik nicht in den Gerichtssaal gehört, sondern daß hier nur Recht zu sprechen

ist ohne Rücksicht auf politische Meinungen und politische Ereignisse. Es sind hier verschiedene Punkte hineingezogen, die nicht im Zusammenhang mit der Angeklagten stehen, so die Vorgänge nach der Einnahme des „Vorwärts“, der Reize Tiefenbauern, der Reize u. dgl. Wir sind die ersten, die jede verbrecherische Handlung verurteilen, aber in den Rahmen dieses Prozesses gehören diese Dinge nicht hinein. — Man hat versucht, es so hinzustellen, als ob die Regierung die Januarrevolte herbeigeführt habe, indem sie die Revolutionäre zum frühzeitigen Losschlagen drängte. Für diese Behauptung ist auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht. Als der Aufstand ausbrach, stand die Regierung schutzlos da. Zogelang haben die Anhänger der Regierung in der Wilhelmstraße mit ihren Leibern die Regierung gebildet. Dann erst sind Truppen zum Schutz der Regierung gebildet worden. Es ist auch behauptet worden, die Regierung habe Spionage in die besetzten Gebäude geschickt. Wenn etwas an dieser Behauptung sein sollte, so hat sich die Regierung eines im Kampf notwendigen Mittels bedient. Aber alles das haben wir hier nicht zu untersuchen, denn die politischen Momente müssen hier ausgeschaltet werden.

In jenen Januartagen sind fürchterliche Schreckensbilder vorgekommen. Der Kampf der Geister ist zu einem Kampf mit Raschengewehren und Handgranaten herabgezogen worden. Das ist die Schuld derjenigen, die den Aufstand heraufbeschworen haben. Wie weit der Angeklagte daran beteiligt war, das wird hier zu beurteilen sein. — Der Berliner Januaraufstand war der Anfang des Bürgerkrieges in ganz Deutschland. Von hier aus haben sich die Kämpfe in die verschiedensten Städte des Reiches fortgepflanzt.

Der Angeklagte Ledebour macht für sich geltend, daß die Regierung kein Recht gehabt habe, den Polizeipräsidenten Eichhorn abzusetzen. Selbst wenn diese Ansicht begründet wäre, so gibt das dem Angeklagten Ledebour doch nicht das Recht, mit seinen bewaffneten Anhängern die Maßnahmen der Regierung mit Gewalt abzuweisen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Regierung das Recht hatte, Eichhorn abzusetzen. Das Polizeipräsidium ist keine Einrichtung der Gemeinde Berlin, sondern des Staates. Die Regierung hat alles getan, um einen Bürgerkrieg aus Anlaß der Absetzung Eichhorns zu vermeiden. Nachdem sich auch der Volksrat für die Absetzung Eichhorns erklärt hatte, hätte es doch nahegelegen, daß die Revolutionäre die Waffen niedergelegt hätten. Aber sie führten den Kampf weiter. Die Absetzung Eichhorns war für sie nur der äußere Anlaß zum Aufstand. Der tiefere Grund war der, daß sie ihre politischen Ziele durchsetzen wollten. Sie wollten die Revolution weiterreiben, die Regierung stürzen, die Diktatur des Proletariats aufrichten und die Weltrevolution herbeiführen. Das ist die Politik, die der Angeklagte und seine Anhänger betreiben. Die politische Verantwortung für seine Tätigkeit hat ja der Angeklagte Ledebour übernommen. Wir haben zu untersuchen, wie weit ihn auch die strafrechtliche Verantwortung trifft. Ich finde die Betätigung der Angeklagten an den Vorgängen in seiner Rede auf dem Alexanderplatz und in seiner Mitgliedschaft beim Revolutionsausschuß. Der Ruf nach Waffen und das Verlangen, der Regierung Gewalt entgegenzusetzen, soll spontan aus den Massen gekommen sein. Aber die Stimmung der Massen wird doch beeinflusst durch geistig hervorragende Persönlichkeiten. Solche Persönlichkeit ist der Angeklagte. Das hat er hier durch sein Auftreten gezeigt. Der Revolutionsausschuß stand an der Spitze der Bewegung, er wurde vom Angeklagten als Werkzeug benutzt, um seine politischen Pläne,

vor allem den Sturz der Regierung mit Gewalt durchzuführen. Auch die Besetzung der Gebäude soll spontan durch den Willen der Massen erfolgt sein. Aber als sie vollzogen war, hat sie der Revolutionsausschuß und der Angeklagte Ledebour als gegebene Tatsachen hingenommen und die besetzten Gebäude als Machtpositionen behandelt. Daß der Angeklagte selbst Waffen verteilt hat, ist nicht nachgewiesen, von uns auch nicht behauptet worden. Aber unter seinen Augen und mit seinem Wissen sind Waffen im Markt verteilt worden. Das ist festzustellen. (Angekl. Ledebour widerspricht.) Der Angeklagte Ledebour ist als

### intellektueller Urheber

des Aufstandes anzusehen. Wenn es auch richtig ist, daß Revolutionen nicht gemacht werden, so werden doch Versuche gemacht. Um einen solchen handelt es sich hier. — Der Name des Angeklagten Ledebour hat ja in der Arbeitererschaft einen guten Klang. Er hat sich durch entschiedene Eintreten für seine Ideen Anhänger erworben. Das muß zu seinen Gunsten berücksichtigt werden. Wenn Sie, meine Herren Geschworenen, das alles beurteilen, so werden Sie ein gerechtes Urteil finden.

Staatsanwaltschaftsrat Gysae wendet sich gegen die Behauptung, daß die Anklage aus politischen Gründen erhoben sei. Von irgendeiner Anweisung außerhalb der prozessualen Gründe kann keine Rede sein. Ich wende mich jetzt zu den rechtlichen Gesichtspunkten der Anklage. Die Anklage bezieht sich nicht auf den Sturz der Verfassung, sie lautet ja nicht auf Hochverrat, sondern sie bezieht sich nur auf den gewalttätigen Sturz der Regierung. Wegen die Verfassung, welche damals bestand, hatte ja der Angeklagte nichts einzuwenden. Sie war ja das Ergebnis der Revolution, und der Angeklagte hatte an dem Zustandekommen jener Verfassung mitgewirkt. Wenn auch die alte Verfassung durch die Revolution beseitigt war, so war doch dadurch nicht ein Zustand der Gesetzlosigkeit eingetreten. Die Gesetze bestanden weiter und mußten beachtet werden. Herr Ledebour beruft sich für seine Handlungen auf das moralische Recht der Revolution. Ein solches Recht mag es geben für ein Volk, aber nicht für den Einzelnen. Wann soll denn die Revolution zum Abschluß kommen? Wer an die Macht gekommen ist, der kann sich die Macht nicht freitwillig lassen. Ein moralisches Revolutionsrecht, das jederzeit gegen die jeweils bestehende Macht geltend gemacht werden könnte, kann nicht anerkannt werden. Es ist hier angeführt worden, die Strafgesetze gelten zwar im allgemeinen, aber die auf politische Straftaten bezüglichen Paragraphen hätten keine Gültigkeit mehr, denn sie dienten dem Schutz des monarchischen und des kapitalistischen Staates. Das trifft nicht zu. Die betreffenden Paragraphen dienen dem Schutz der Staatsordnung. Die Revolutionsregierung hat das auch nicht verkannt. Sie hat durch Verordnung eine Reihe von Gesetzen aufgehoben, den Belagerungszustand, die Versammlungsordnung u. dgl., aber im übrigen hat die damalige paritätische Regierung anerkannt, daß die nicht ausdrücklich aufgehobenen Gesetze nur im Wege der Gesetzgebung aufgehoben werden können. Es unterliegt hiernach keinem Zweifel, daß die für diesen Prozess in Frage kommenden Bestimmungen des Strafrechts immer noch absolute Geltung haben. Das hat auch das Reichsgericht entschieden im Falle Apelt, der als Teilnehmer an der Besetzung des „Vorwärts“ verurteilt worden ist.

Der Staatsanwalt bespricht die den Geschworenen vorgelegten Schuldschriften, zunächst die nach dem Vergehen gegen das Dynamitgesetz. Hierher gehört die Verwendung von Handgranaten. Wenn der rechtswidrige Gebrauch solcher nachgewiesen wird, der muß nach dem Dynamitgesetz bestraft werden. In diesem Punkt ist aber nicht das geringste nachgewiesen, deshalb scheidet diese Frage aus. In der Voruntersuchung war auch die Rede davon, daß vor dem Hofschäfer Wein ausgelegt und mit Büchschmüren versehen waren. Auch diese Behauptung ist nicht erwiesen, also muß auch dieser Punkt der Anklage ausschneiden. — Es fragt sich nun, ob der Angeklagte sich an der unbefugten Bildung von bewaffneten Haufen beteiligt hat. Es steht fest, daß bewaffnete Haufen unbefugt gebildet worden sind zum Schutz des Polizeipräsidenten Eichhorn gegen die Regierung. Es ist gesagt worden, Eichhorn habe diese Truppen gebildet. Wenn das zutrifft, dann hat der Polizeipräsident Eichhorn unbefugt gehandelt, denn auch als Polizeipräsident hatte er kein Recht, Leute gegen die Regierung zu bewaffnen. Zur Frage des Aufruhrs vertritt der Staatsanwalt den Standpunkt, daß eine bewaffnete Macht, gegen die Gewalttätigkeiten verübt wurden, in der fraglichen Zeit rechtmäßig behand.

## Industrie und Handel.

**Börse.**  
An der Börse war das Geschäft äußerst still, da sich im Hinblick auf die Weimarer Beschlüsse die Spekulation die größte Zurückhaltung auferlegte. Die Kurse waren, soweit sie überhaupt notiert wurden, ungesichert behauptet. Dabei bewertet wurden lediglich einzelne Montanpapiere und Harzwerke. Schiffahrtaktien neigten zur Schwäche, ebenso ausländische Eisenbahnerie. Auch heimische Anleihen waren angeboten. Kriegsanleihen erdrosselten mit 74, 70 Proz., erholten sich aber im späteren Verlaufe.

## Gewerkschaftsbewegung

### Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Schleider-Stuttgart erstattet Bericht von der Statuten-Beratungs-Kommission. Eine Begründung der schweren Anschuldigungen gegen den Vorstand ist nicht gegeben worden. Redner spricht sich gegen den Antrag Bremen aus, der eine Entree für den S. P. D.-Mitgliedern bedeuten würde und gegen die Regelung wegen einer anderen politischen Gesinnung der Verbandsangehörigen. Er verteidigt die Arbeitsgemeinschaften und empfiehlt die Annahme der Resolutionen Dresden und München sowie die der Kommission, die die politische Duldsamkeit und Einigkeit innerhalb des Verbandes fördern und dem Vorstand und der Redaktion ihr Vertrauen ausdrücken.

Winkler-Leipzig erklärt, daß der Vorstand nicht in allen Fragen richtig gehandelt hat.

Kellermann-Stuttgart, Schlüter-Bremerhaven und Tornau-Frankfurt a. M. wenden sich gegen die Opposition, die nur wegen der mehrheitssozialistischen Anschauung des Vorstandes und um der Opposition willen, gegen den Vorstand ankämpfen. Gerade die Kollegen, die uns früher

im Stich gelassen haben, gebärden sich jetzt am radikalsten. Wir fordern politische Duldsamkeit. Auch Berlin hat in der praktischen Arbeit nichts anderes machen können, als andere Ortsgruppen. Eine andere Politik der Gewerkschaften war nicht möglich. Die Kollegen billigten, als sie ins Feld zogen, auch diesen Standpunkt.

Wendt-Köln: Das Aufheben des Statuts und Aufheben des Streikrechts kann nicht gutgehen werden. Die Arbeitspolitik ist zu beurteilen. Das Material der Opposition reicht aber nicht aus um derartige Vorwürfe dem Vorstand machen zu können.

Hindrich-Berlin: Wir dürfen nicht fragen, was haben wir getan um die Not zu lindern, sondern was um den Krieg zu be-

Annahme: Die in den Germaniafällen zu diesen Tarifen besammelten Groß-Berliner Bankbeamten seien entschlossen hinter den in ihrem Tarifvorschläge aufgestellten Forderungen. Sie geloben mit allen Kräften für diese Forderungen einzutreten und ihre Durchsetzung nötigenfalls mit allen Kampfmitteln zu erstreben.

## Groß-Berlin

### Noch einmal: Mieternot.

Anlässlich der geplanten öffentlichen Versammlung des Mieterbundes Groß-Berlin waren Flugblätter verteilt worden, in denen zur Verweigerung der Mietzahlung aufgefordert wurde. Man mag diese Flugblätter für unverantwortlich und das darin empfohlene Mittel für unsinnig halten, eins ist sicher, daß sie von der tiefgehenden Erregung zeugen, die sich der Mieterschaft in Groß-Berlin bemächtigt hat. Es bereiten sich von Seiten der Vermieter Bestrebungen vor, die eine schwere Gefahr für die wirtschaftliche Lage eines großen Teiles der Mieter herbeizuführen geeignet sind. Die Vermieter verlangen nämlich eine Nachprüfung des Mietpreises sämtlicher noch laufender Verträge. Sie verlangen die Rückzahlung, auch in noch längere Zeit laufende Mietverträge eine Abänderung des Mietpreises hineinzubringen, die selbstverständlich auf eine Erhöhung hinausläuft. Nun ist jede Erhöhung des Mietpreises rechnerisch umzusetzen in eine Erhöhung der Bodenrente und des Grundstückwertes. Diese Erhöhung bringt eine Erhöhung der Verleibungsfähigkeit mit sich. Eine Erhöhung der Verleibung bringt eine Erhöhung der Hypothekenzinsen mit sich, und diese macht wiederum eine weitere Erhöhung der Mieten notwendig. Wir haben es also hier mit einer Schraube ohne Ende zu tun. Wenn man überhaupt das gegenwärtige hohe Preisniveau abbauen will, so muß man doch an irgendeiner Stelle damit anfangen und kann nicht in der Wohnungsfrage, der nach der Lebensmittelfrage wichtigsten, in dieser Weise die Hand dazu bieten, daß das Preisniveau dauernd in die Höhe geschraubt wird. Es ist dringend zu wünschen, daß die beteiligten Faktoren, insbesondere die Stadtverwaltungen der Großstädte, diesen schon recht weit gediehenen Bestrebungen der Vermieter ihre vollste Aufmerksamkeit schenken, damit sie nicht eines Tages durch irgendwelche fertigen Verhältnisse überrascht werden. Aus zuverlässiger Quelle wird mitgeteilt, daß der Staatenschauspieler sich bereits mit diesen Bestrebungen der Vermieterkreise beschäftigt hat und ihnen wohlwollend gegenüber steht. Dr. jur. V. Holz.

**Ein Hausbesitzerleid.** Nach Verordnung vom 5. Juni bedürfen Kündigungen zum Zweck der Mietsteigerung der Zustimmung des Mietvermittlungsamts. Vielleicht in Vorahnung der Verordnung haben Hauswirte schon vor dem vertraglichen Termin gekündigt. Man falle darauf nicht hinein!

### Die Kommunalisierung der Straßenbahn.

Die für heute in Aussicht genommene weitere Besprechung zwischen dem Unterausschuß der Verbandversammlung und den Vertretern der Großen Berliner Straßenbahn findet, wie wir erfahren, nicht statt. Doch werden die Verhandlungen über die Erweiterung der Straßenbahn durch den Verband Groß-Berlin weitergeführt, um so mehr, als bis zum 30. d. M. auch Arbeit über die weitere Regelung der Tarife geschaffen werden muß. Der 17 1/2 Pfennigtarif ist, wie erinnerlich, von der Verbandversammlung Groß-Berlin in ihrer Sitzung am 31. März d. J. nur bis zum 30. Juni zugestanden worden.

### Roheitsakt gegen einen Kriegsbeschädigten.

Am 5. Juni wurde der Führer des Bezirks Nordwest im Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kamerad W. K., nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr auf einem Anhängewagen der Linie 17 auf der Fahrt vom Sägewerk nach Roabit von einem Kaufmann Nibel an seinem völlig gelähmten linken Arm heftig angegriffen und, als er unter Hinweis auf seine Kriegsbeschädigten-eigenschaft um mehr Rücksicht bat, von Nibel beleidigt und mit Schlägen bedroht. Diese Drohung hat Nibel nachher auf der Straße in Roabit ausgeführt und R. durch fünf Schläge schwer verletzt. Zeugen beider Vorfälle auf der Straßenbahn und auf der Straße werden gebeten, sich zu melden bei Rechtsanwalt Siegfried Löwy, Berlin N 24, Friedrichstr. 131 d.

**Vertrauensleute der Hilfsangehörigen des Magistrats Berlin.** Freitag, 20. Juni, vormittags 11 Uhr: Versammlung im Margareten-Hyemum, Hflondstraße. Bericht des Lehnerausschusses. Stellungnahme zur Finanzierung der Arbeiterräte.

**Bund Neues Vaterland.** Donnerstag, 19. Juni, 5 Uhr, Herrenhaus, Leipziger Str. 3, Zimmer 20: Besprechung der Entente-Antwort. Anwesende: Gd. Bernsten; Innere Lage: G. v. Gerlach. Besprechung zur Aufschlüsselung.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

Steglich, 10.—22. Juni: Auf Einfuhr-Zuschläge (C 5) und auf Speisefettkarte 50 Gramm Margarine zu 0,20 M.; auf Speisefettkarte 125 Gramm Fettkäse (Pfund 2,72 M.) oder 125 Gramm Weisenaustrie (Pfund 2,72 M.). — Abchnitte Wa-e der Kartoffelkarte verlieren am 18. Juni abends ihre Gültigkeit, doch nicht für Militärverlauder und Personen, die erst am 18. Juni eine Kartoffelkarte erhalten, und nicht für Verbrauch in Gastwirtschaften, Kantinen usw. (Uns ging diese Mitteilung erst am 18. Juni mittags zu. Red. d. „Vorw.“) — Bis 21. Juni auf braune Steglicher Lebensmittelkarte (30) und auf Kartoffelkarte 2 Pfund Kartoffeln. — Die Kartoffeln für 23.—28. Juni (7 Pfund) können schon in dieser Woche entnommen werden. — Anmeldung von roter Gröhe auf Abschnitt 30a der braunen Steglicher Lebensmittelkarte. Abschnitt 20 wird für ungültig erklärt. — 18.—21. Juni: Verkauf von Kunstbrot (26) zu 80 Pf. je Pfund, 8 Suppenwürfel (32) zu 30 Pf., 200 Gramm Gries (33) zu 20 Pf.; Anmeldung von Wärmelade (27), von Nahrungsmitteln (37, 38, 39), von Nahrungsmitteln für werdende Mütter (18a Bezugskarte); Verkauf von Nahrungsmitteln für Kinder, im 1. und 2. Jahr Heferlöden, im 3.—6. Jahr Weizenmehl; Anmeldung von Nahrungsmitteln für Kinder im 1.—6. Jahr (Bezugskarte). **Vidertersche.** Die Widertersche muß spätestens bis nachmittags 10 Uhr erfolgen, da die jetzt leicht verderbliche Milch in dieser Jahreszeit nicht länger aufbewahrt werden kann. — Amerikanisches Schweinefleisch, 11 M. für je Pfd., kann auf Fleischkarte in dieser Woche fast beliebig entnommen werden, soweit die Restbestände von Schweinefleisch ausreichen. — Die Fleischstückenlisten von Komme, Bismarckstr. 24, und Schneider, Köhlerstr. 42, liegen dort noch bis 25. Juni aus. **Tobaccothel.** Ab 20. Juni auf allgemeine Lebensmittelkarte (661) 1/2 Pfd. Runkelrübe, auf Lebensmittelkarte des Kreises Teltow, (37) 1 1/2 Gramm Getreide und auf allgemeine Lebensmittelkarte des Kreises Teltow (45) ein Dering.

**Beiten.** Auf Einfuhr-Zuschläge (Abchn. 4) 150 Gramm Auslands-mehl zu 2,24 M. pro Pfd., 50 Gramm Inlands-mehl zu 50 Pf. pro Pfd. Verkauf von Wärmelade, Nahrungsmitteln ohne Verfallsdatum der Kundenlisten, auf Lebensmittelkarte (Abchnitt 7) 200 Gramm zu 1,30 M. pro Pfund. Bei Getreidehändler Kurtz, Behnstraße, ein Posten von der Gemeinde beschafftes Geflügel für 23. 33 pro Zentner.

### Groß-Berliner Parteiverträge.

Kosenthal-Nordend. Heute 7 Uhr: Bezirksversammlung vom Lokal des Str. Parth aus. Die für heute angelegte Mitgliederversammlung findet am 24. Juni, 8 Uhr, statt.

### Jugendveranstaltungen.

**Abteilung Lidtensberg:** Heute 7 Uhr, Jugendheim, Vorlaue 10: Lebensabend über Helms Werk.  
**Abteilung Roabit:** Heute 7 1/2 Uhr, bei Schmidt, Wicelstr. 17: Mitgliederversammlung. Renewal des Abteilungs-Vorstandes.  
**Abteilung Wehen:** Heute 7 Uhr, Kantine der Baugewerkschule, Kurfürstent. 142: Wichtige Besprechung.

